



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 29.

No 98.

Donnerstag den 27. April

1848.

J u l a n d.

(Krieg mit Dänemark.) Berlin, 24. April. In Folge des von der dänischen Regierung an ihre Kriegsmarine ertheilten Befehls, die deutschen Schiffe aufzubringen, ist der königlich preussische Gesandte angewiesen worden, unverzüglich seine Pässe zu fordern, da dieser Schritt, der noch vor dem Ueberschreiten der Bundesgränze durch die deutschen Truppen gethan worden, einer Kriegs-Erklärung von Seiten Dänemarks gleich zu achten ist. — Die Bundes-Versammlung hat den hantsattischen Gesandten, Senator Banks, nach London gesandt, nicht um neue Unterhandlungen anzuknüpfen, sondern um dem englischen Cabinet die Lage der Sachen einfach darzustellen, den allgemeinen deutschen Gesichtspunkte ihm gegenüber auszusprechen; zugleich auch, um zu sehen, welche Massregeln sich zu schleuniger Herstellung einer deutschen Marine und Wahrung der deutschen Handels-Interessen treffen lassen; er wird in beiden Beziehungen gemeinsam mit dem königl. preuss. Gesandten, Dr. Wunfen, handeln, da Preußen in dieser ganzen Angelegenheit sich vollkommen mit dem Bunde identifizirt. — Auf Ansuchen der Hansestädte hat die königlich hannoversche Regierung Einleitungen getroffen, um durch die schleunigste Herstellung von Küsten-Batterien die Elb-Schiffahrt zu sichern.

Die preussischen und die übrigen in Holstein vereinigten Truppen des 10. Armeekorps sind in Schleswig eingerückt und haben die Offensiv begonnen; schon in diesem Augenblicke ist es wahrscheinlich zu einem ernsten, vielleicht entscheidenden Zusammentreffen mit der dänischen Hauptmacht gekommen, welche bei der Stadt Schleswig lagert. Niemand wird daran zweifeln, daß sämtliche Truppen, vom Oberbefehlshaber bis zum einzelnen Soldaten, die Ehre des deutschen und preussischen Namens werden aufrecht erhalten. — Preußen hat in dieser Sache mit der vollkommensten Loyalität und bereitwilligster Eifer nur die Befehle der höchsten deutschen Bundesbehörde ausgeführt. Es konnte dabei von keinen eigensüchtigen Interessen geleitet werden; es hat nicht eigener Willkür, sondern vielmehr dem Willen des gesammten deutschen Vaterlandes, wie er sich durch seine berechtigten Organe in einmüthiger Stimme aussprach, gehorcht. Der Beschluß des Bundestages ist der Wille Deutschlands und Preußens. — Am 4. April erklärte die Bundes-Versammlung, „daß Gefahr eines Angriffs für das deutsche Bundesland Holstein vorhanden sei,“ und sprach ihre volle Anerkennung für die zum Schutz der Bundesgränze bereits getroffenen Massregeln aus. Zugleich ersuchte sie Preußen, das Vermittlungs-Geschäft mit Dänemark Namens des deutschen Bundes „auf der Basis der unverletzten Rechte Holsteins, namentlich auf der der staatsrechtlichen Verbindung mit Schleswig“ zu führen. Als selbstverständlich setzte der Bund dabei voraus, „daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt und der Status quo ante wieder hergestellt werde.“ Diesen vorherigen, auf alten Verträgen beruhenden, also rechtlich bestimmten Zustand hatte der König von Dänemark eigenmächtig aufgehoben, zuerst durch seine Erklärung, Schleswig von Holstein trennen und mit Dänemark vereinigen zu wollen, dann durch den ersten Schritt zur wirklichen Ausführung dieser Absicht: das Einrücken dänischer, auf schleswigischem Boden fremder Truppen in dies Herzogthum. Daß Dänemark diesen Schritt vermeiden würde, wenn es den Frieden ernstlich wollte, hätte man bei der Mäßigung der deutschen Regierungen, welche die Bundesgränze nicht überschritten, erwarten dürfen; man mußte noch hoffen, daß es denselben zurücknehmen und seine Truppen von dem streitigen Boden entfernen würde, wenn es Deutschland zum Frieden willig, zum Abtritte bereit sähe. Durch die Wiederherstellung des status quo ante war ja kein Recht des König von Dänemark als Herzogs von Schleswig gefährdet, son-

dern nur die Basis einer friedlichen Ausgleichung rein erhalten. — Diese friedliche Ausgleichung zu versuchen, war Preußen von dem Bunde aufgefordert. Die Vermittlung einer fremden Macht, wie sie der Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf dem vereinigten Landtage als möglich in Aussicht stellte, konnte sich in dieser rein deutschen Frage nur darauf beziehen, daß ihre freundlich-dienliche Dienste dazu beitragen möchten, den König von Dänemark von der Nothwendigkeit, den Rechtsboden in Schleswig rein zu erhalten und von dem ersten Willen des Bundes, kein Recht des König zu verletzen, aber auch das eigene zu wahren, zu überzeugen. — Die preussische Regierung beauftragte den Major von Wildenbruch, bisher General-Konsul in Syrien, mit der Führung der Unterhandlung; er wurde nach Schleswig gesandt, wo der König in der Mitte seiner Truppen erwartet wurde, und wo man hoffen durfte, weniger dem Einfluß einer fanatischen Partei zu begegnen, welche in Kopenhagen zu herrschen scheint und den lang gehegten Wunsch, Schleswig zu einer dänischen Provinz zu machen, nun um jeden Preis verwirklichen möchte. Er begab sich demgemäß in das dänische Hauptquartier und verhandelte auf der Insel Alsen sowohl mit dem Könige als mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Knuth, der von Kopenhagen dorthin gerufen war. Aber alle Unterhandlungen blieben fruchtlos; der preussische Unterhändler mußte unverrückter Sache nach Rendsburg zurückkehren; es ist bekannt, mit welcher Energie die Dänen den Angriff auf die schleswig-holsteinischen Truppen begannen, die, an Zahl geringer und noch nicht organisiert, nach einem ernsten Gefecht sich zurückziehen mußten. Selbst das Anerbieten einer dreitägigen Einstellung der Feindseligkeiten und der vorläufigen Annahme einer militärischen Demarcationslinie nördlich von Tondern wurde vom dem dänischen Befehlshaber ausgeschlagen. Dagegen konnte das von diesem gemachte Anerbieten eines vierzehntägigen Waffenstillstandes in den gegenwärtigen Stellungen, behufs neuer Unterhandlungen und Vermittlungen, eben so wenig angenommen werden. — Diesen Unterhandlungen hätte offenbar jede Basis gefehlt; und es konnte von Preußen um so weniger darauf eingegangen werden, da inzwischen die Bundesversammlung ihre schon früher gemachte Verbindung, daß der status quo ante wieder hergestellt werde, nun mit Nachdruck durchzusetzen beschlossen hatte, indem sie am 12. April erklärte, „daß, falls königlich dänischerseits die Einstellung der Feindseligkeiten und die Räumung des Herzogthums Schleswig von den darin eingerückten dänischen Truppen nicht erfolgt sein sollte, dies zu erzwingen sei.“ — In Voraussicht dieses Bundesbeschlusses, der wesentlich in jenem früheren vom 4. April enthalten war, war schon am 10. April an die preussischen Truppen der Befehl, „in Schleswig einzurücken und nach der Lage der Dinge zu handeln,“ ergangen. Strategische Gründe haben dies Einrücken verzögert. Preußen war nicht allein berufen zum Handeln; es mußte auf die Mitwirkung der verschiedenen Theile des 10. Armeekorps Rücksicht nehmen und deren Vereinigung abwarten. Die Concentration dieser Kontingente von verschiedenen Seiten her hat erst jetzt bewerkstelligt werden können; und nun steht das ganze Operations-Korps gerüstet und schlagfertig da. Die obere Leitung, welche bisher der hannoversche General-Lieutenant Falkett, als der älteste General führte, ist durch Bundesbeschluß vom 15. d. M. an Preußen übertragen; der Aufforderung zu schleuniger Bestimmung eines Ober-Befehlshabers hat Se. Majestät der König durch Ernennung des Generals der Kavallerie von Wrangel genügt. Derselbe ist am 21. zur Armee abgegangen, die vom besten Geiste befeuert ist. — Preußen hat nicht den Krieg an Dänemark erklärt; es ist in Auftrag des Bundes zur Herstellung des früheren Rechts ins Feld gerückt; es hat erklärt,

daß es zur Vermittlung auch ferner die Hand biete, und daß die Rechte des König von Dänemark als Herzog von Schleswig stets anerkannt werden.“ Diese sind auch durch den der provisorischen Regierung gewährten Schutz nicht verletzt, denn auch diese handelt nur im Namen ihres rechtmäßigen Landesherren. Eben so wenig sind sie dadurch gekränkt, daß der Bund, ebenfalls am 12. April, Preußen ersucht hat, „bei dem Vermittlungsgeschäft möglichst auf den Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund als die sicherste Garantie seiner Union mit Holstein hinzuwirken.“ Diese Aufnahme des Herzogthums Schleswig unter seinem rechtmäßigen Landesherren in den Bund soll nicht durch die Waffen erzwungen werden; die deutschen Regierungen wollen kein fremdes Gebiet für sich erobern, kein neues Land mit Gewalt in ihren Bund ziehen; aber sie müssen es als die Aufgabe einer gefunden und loyalen Politik ansehen, dem Nationalgefühl Deutschlands und dem Wunsche der deutschen Bevölkerung Schleswigs auf friedlichem und völkerechtlichem Wege durch würdige und besonnene Unterhandlung angemessene Anerkennung zu verschaffen. Deutschland wird von diesem Wege nicht abweichen; möge auch Dänemark sich geneigt zeigen, denselben zu betreten! — Aber diese Frage kann erst später erledigt werden. Zuerst kommt es darauf an, das Recht zu wahren, und davon dürfte Deutschland sich auch durch irgend welche Aussicht auf künftige Vermittlung nicht abhalten lassen. Vermittelt und unterhandelt kann fortan nur werden, wenn der Rechtsboden wieder gewonnen ist durch die vollständige Räumung Schleswig von dänischen Truppen; ehe diese nicht erzwungen, ist keine Verständigung möglich. — Preußen geht freudig und mit gutem Gewissen in diesen Kampf; es weiß, daß es ein gutes deutsches Recht vertritt, daß es seine Bundespflicht erfüllt, und daß es dabei getragen wird von der gemeinsamen Begeisterung des deutschen Nationalgefühls, welche, im gesammten Vaterlande lebendig, sich auch auf dem Schlachtfelde bewähren wird.

Berlin, 25. April. Ein so eben eingegangener Bericht aus Schleswig, vom 23. April, 3 Uhr Nachmittags, enthält Folgendes: „Die königlich preussischen Truppen haben heute, wie ich gestern im Voraus gemeldet, Rendsburg verlassen, und waren bis dicht vor Schleswig (an den alten Dänenwall) vorgerückt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Der General der Kavallerie, von Wrangel, hatte ursprünglich den Plan gehabt, den Angriff der sehr festen dänischen Position bis auf den folgenden Tag aufzuschieben, wo der General-Lieutenant Falkett mit seinen Truppen in einer Zahl von 5—6000 Mann zur Unterstützung heranzurücken versprochen hatte. Vor Schleswig indes angekommen, änderte der General von Wrangel seinen Plan, und beschloß, mit den unter dem Kommando des General-Lieutenant Fürsten Radowitz stehenden königlich preussischen Truppen die sehr feste Stellung der dänischen Armee in der Front anzugreifen. Der Erfolg des um 11 Uhr beginnenden Gefechtes war für die preussischen Waffen um so ehrenvoller, als denselben ein Marsch von 4 Meilen vorhergegangen war. Daß dieser Erfolg an dem folgenden Tage und mit vermehrten Streitkräften ein noch größerer gewesen wäre, glaube ich behaupten zu dürfen. So wie er sich darstellt, ist er indes glänzend. Die königlichen Truppen sind nach einem fast ausschließlich mit der Avantgarde unter Leitung des General-Lieutenants Fürsten Radowitz geführten blutigen Treffen im Besitze der ganzen festen Stellung vor Schleswig und des südlichen Theiles der Stadt bis an den nach dem Schlosse Gottorp führenden, soviel wir wissen, von den Dänen minirten Damm. Das Schloß und der nördliche Theil der Stadt sind noch im Besitze der Dänen; es scheint mir indes sehr wahrscheinlich, daß dieser Besitz nicht von Dauer sein wird, indem die unter dem General

artements zu verlegen. Wie romantisch! — Das 3. Heft der Revue retrospective ist erschienen. Es bringt die Korrespondenz zwischen Louis Philipp und dem Papst Gregor XVI. vom 20. December 1845, worin der König um zwei Kardinalshüte als Anerkennung für die Bemühungen bittet, die er aufgeboten, um die finsternen Pläne (projets sinistres) des Raskafismus zu vereiteln; außerdem noch die berühmte Liste der geheimen Polizeigelder, darunter auch H. Heine, der gefeierte deutsche Dichter. Wer hätte das geahnt?

(Variser Börse.) Unser Geldmarkt steht mit dem politischen Markt, wenn man sich so ausdrücken darf, im innigsten Zusammenhange. Ein Detret, gut oder schlecht beurtheilt, brüct Rente oder Aktien um einen Bruchtheil hinauf oder herunter, und giebt oder entzieht indirekt das tägliche Brod Hundert Arbeitern. So lange daher das Glück unserer großen Unternehmungen, Eisenbahnen, Bergwerke &c. noch nicht entschieden ist (wofür das Journal des Debats heute gegebene Hoffnung macht), befindet sich unsere Börse immer noch in febrilem Zustande. 3proc. Crotten 41, und schloß 40%, 5proc. 60%, Bankactien 1170.

Spanien.

* Madrid, 17. April. Ein Kavallerie-Regiment aus Villa viciosa ist hier in Madrid eingerückt, andere Truppen werden dieser Tage nachfolgen, so daß wir jetzt 20,000 Mann in Garnison zählen. — Das Montpensierische Ehepaar wird aus Aranjuz nur hierher zurückkehren, um sich bei der Königin zu verabschieden. Dasselbe wird seinen Wohnsitz in Andalusien aufschlagen. „Gerardo“ bescheidet zwar, daß diese auf englische und französische Requisition hin geschehe, Scharfschütze wollen aber doch ein Nachgeben oder Ausweichen des Generalissimus Narvaez auf diplomatische Anträge hin darin erblicken. Der Buch Bulwers mit Narvaez sei komplett.

Lokales und Provinzielles.

1. Breslau, 26. April. Wir haben in unserm jüngsten Berichte über den Arbeiter-Verein der Proklamation erwähnt, die derselbe bezüglich der Wahlen zu erlassen beschloßen hat. Diese Proklamation ist nun ausgegeben und zwar in 20,000 Exemplaren, die gratis in Stadt und Land verbreitet werden. Sie ist gerichtet, „an alle großjährigen Arbeiter, als da sind Gesellen, Haushälter, Tagelöhner und allerhand ehrliche Leute.“ Es wird darin in ganz angemessener Weise den Arbeitern die Bedeutung des am 1. Mai vorzunehmenden Wahlakts klar gemacht und ihnen Rath ertheilt, wem sie ihre Stimme geben sollen. Für diejenigen Arbeiter, die die Namen passender Wahlmänner für ihre Bezirke wissen möchten, damit sich ihre Stimmen nicht zerstreuen, schlägt der Arbeiter-Verein vor, daß sie sich von Donnerstag früh ab an folgende Mitglieder des Vereines wenden möchten: an den Tischler-Mitgesellen Halpapp (arbeitet bei Rehps, Weidenstraße, Wohnung: Altbüßerstraße 44); an den Fabrikarbeiter Dritz (arbeitet in der Eisengießerei von Ernst Hoffmann, vor dem Sblauer Thore; Wohnung: Neumarkt 14); an den Posamentierer Thiel (Werkführer bei Posamentirer Steiner; Wohnung: Weidenstraße 3); an den Schneider Fach (arbeitet bei Löschburg, Nikolaistraße 12; Wohnung: Nikolaistraße 22). — Der Aufruf schließt mit den Worten: „Ihr müßt Alle hingehen, denn die Euren Schaden wollen, werden gewiß vollzählig da sein.“

1. Breslau, 26. April. Wer sich in Kürze über die jedem Volke zustehenden, unveräußerlichen Rechte belehren will, dem empfehlen wir den von Dr. Stolte herausgegebenen politischen Katechismus. Derselbe enthält die Erläuterung der Grundzüge einer rein demokratischen Verfassung, als da sind: Wahlfähigkeit und Wählbarkeit eines jeden Staatsbürgers; Freiheit des Glaubens der Rede und Presse; die Gleichheit vor dem Geseze; allgemeine Volksbewaffnung; Aufhebung aller Feudallasten; Defentlichkeit der Rechtspflege; Volkunterricht auf Kosten des Staats, wie viele andere.

* Breslau, 26. April. Zur Vervollständigung der bereits veröffentlichten Beschüsse der hiesigen Buchdrucker-Gesellschaft (s. Bresl. Ztg. Nr. 92) diene Folgendes. — Dieselbe hielt, in Gegenwart fast aller Prinzipale und ihrer Gehülffen, am 24. April ihre zweite Generalversammlung, um das zur Regulirung der Lehrlingsverhältnisse vorzutragende Kommissionsgutachten zu vernehmen und feste Bestimmungen darüber zu treffen. Nach genauer Erwägung lauten dieselben also:

1) Jede Druckerei, welche 2 Lehrlinge halten will, muß mindestens einen Gehülffen, — eine mit 3 Lehrlingen wenigstens zwei Gehülffen beschaffigen. Auf 8 Gehülffen erst kann ferner der vierte, auf 20 der fünfte Lehrling und auf weitere 10 Gehülffen immer einer mehr angenommen werden, mit der Endbeschränkung, daß mehr wie 8 Lehrlinge in einer Officin nicht

Platz finden dürfen. — Zur höchst nöthigen Beschränkung der Druckerlehrlinge ist maßgebend, daß Officinen von 1—3 Pressen einen, und erst bei einer Anzahl von 5 Pressen den zweiten Druckerlehrling halten dürfen. Da, wo der Druck lediglich durch Maschinen geschieht, darf natürlich gar keiner beschäftigt werden.

Daß dieß Verhältniß mit begünstigender Rücksicht auf die kleineren Officinen beobachtet ist, dürfte einleuchtend erscheinen.

- 2) Die Aufnahme neuer Lehrlinge geschieht nach einer vierwöchentlichen Probezeit; ist diese absolvirt, so wird der Lehrling dem Gesellschafts-Vorstande zur Prüfung vorgestellt und nach Befund derselben angenommen oder zurückgewiesen. Als Aufnahmegeld sind 3 Thaler, für das Freisprechen 10 Thaler an die Gesellschaftskasse, außerdem aber noch der Beitrag von 4 Thalern an die Krankenz- und Invalidenkasse zu entrichten. Das Freisprechen selbst wird auf eine angemessene feierliche Weise von dem Vorstande, unter Zuziehung des betreffenden Prinzipals, der Eltern oder Vormünder u. vollzogen. — Die Lehrzeit ist auf fünf Jahre festgesetzt. Nur der Vorstand ist ausnahmsweise berechtigt, diese Frist abzukürzen.
- 3) Streitigkeiten zwischen den Druckerei-Inhabern und Lehrlingen in Bezug auf Lehrverhältnisse sollen von dem Ehren- und Schiedsgericht rechtskräftig entschieden werden.

Es wurde schließlich der Entwurf des Programms für die Anfangs Mai beginnenden wöchentlichen Gesellschafts-Versammlungen vorgetragen und die Beschlußnahme darüber auf die erste dieser Zusammenkünfte vertagt. Wir werden hierüber später Mittheilung machen.

Erfreulich ist uns die höchst rege Theilnahme und unbedingte Zustimmung der Provinz wie des Auslandes. Es haben dieselbe außer den früher genannten (s. Bresl. Ztg. Nr. 94) wiederum schriftlich dargelegt:

Leipzig, Braunschweig, Halle, Hirschberg, Greiffenberg, Wohlau, Frankenstein, Trebnitz, Steinau, Rosenbergs, Goldberg, Reife, Dels, Polnisch-Wartenberg und Habelschwerdt.

Sämmtliche verehrl. Redaktionen deutscher Zeitschriften werden wiederholt um Aufnahme dieser Mittheilungen ersucht.

Der Vorstand der Breslauer Buchdrucker-Gesellschaft.

Althöft, Drucker. H. Barth, Buchdruckerei-Besitzer. Braak, Seher. Junge, Seher. Lange, Drucker. Linbner, Seher. Nieck, Faktor. U. Voigt, Disponent von W. G. Korn. Wohlfahrt, Seher.

1. Breslau, 26. April. Es geht uns ein Bericht aus Festsberg zu, der von dort am Osterfest vorgekommenen Reibungen zwischen Evangelischen und Christkatholiken m.b.d. Das Wesentlichste dieses Schreibens ist etwa Folgendes. Die christkatholische Gemeinde hielt in der Unterkirche zu Festsberg ihren Gottesdienst am ersten Feiertage, als mehrere Protestanten einströmten und auf Befehl des prebiteren Thiele, welcher den Gottesdienst in der Oberkirche abhalten hat, die sofortige Aufhebung des christkatholischen Gottesdienstes verlangten. Die Ruhestörer wurden angegriffen, sie suchten zu entweichen und nun wälzt sich der Strom von der Wohnung des Pastors Thiele, der sich aber bereits in der Oberkirche befand, wo der Gottesdienst schon begonnen hatte. Die aufgeregte Masse dring in die Kirche, allein der Prediger L. hat auch diese schon verlassen und einen andern Zufluchtsort gesucht. Es soll in der Kirche selbst zum Handgemische gekommen sein. Die Massen sammelten sich später vor der Kirche, und hier trat Herr Prediger L. hervor, er konnte jedoch nicht zu Worte kommen und sich nur mit Mühe Thätlichkeiten entgegen. Die bewaffneten Bürger sind zusammengetreten, um die Ruhe wieder herzustellen.

Ans Oberschlesien, 21. April.* Dem Artikel des Herrn Oberpräsidenten Pinder, den Schutz der russischen Grenze betreffend, der die ganze Provinz mit Ausnahme unserer Grenzreise berührt zu haben scheint, dienen folgende Thatsachen zur Erläuterung. Der ganze Schutz den die russische Grenze des Reuthner Kreises auf einer Länge von mindestens 5 Meilen genießt, ist folgender: in Mistowitz sich 100 Mann Reserve vom 10. Inf. Reg., in Königshütte 150 Mann Landwehr, in Bruthen 1 Escadron Ulanen, in Larnowitz 150 Mann Landwehr, so daß die als hinreichend gegen feindliche Einfälle bezeichnten militairischen Kräfte aus 400 Mann Infanterie und 1 Escadron Kavallerie bestehen, welche auf einer Länge von 5 Meilen, bei Entfernung von 1 Meile von der

*) Berspäter.

Grenze und in Abständen von je 2 Meilen vertheilt sind. Warum sind diese speziellen Angaben vom Herrn Oberpräsidenten nicht selbst gesehen? — Die jetzt so allgemeine Gelbfalamität hat sich hier ebenfalls auf eine bedrohliche Weise kund gegeben. Die Stockung im Handelsverkehr und die dadurch entstandene Werthlosigkeit der Bergwerksprodukte Zink und Eisen haben schon zur Folge gehabt, daß mehrere Zinkhütten, Galmei- und Kohlengruben außer Betrieb gesetzt werden mußten, und es muß dies, wenn die Conjecturen nicht bald günstiger werden, in Kurzem bei vielen, um nicht zu sagen bei allen geschehen. Was für einer traurigen Zukunft hierbei sowohl die Arbeiter als Beamten entgegengehen, ist wohl leicht einzusehen. Manche sehen zwar in der Errichtung der Verzehrungs-Kassen ein Mittel die hiesigen Zustände zu bessern; jedoch mit Unrecht. Kann ein Privatmann auf die Dauer — um nur ein Beispiel anzuführen — den Zentner Zink, der ihm an Selbstkosten 4 bis 4 1/2 Nthl. kostet mit 2/3 des jetzigen Werthes, also mit 2 Nthl. verpfänden? muß er nicht bald, bei Verlust von mindestens 2 Nthl. pro Centner, gezwungen werden, die Zinkproduktion ganz einzustellen, wobei aber das Inzuffizienten der Steinkohlen- und Galmeigruben nothwendig wird. Schon jetzt finden einzelne Störungen der Ruhe Statt, obwohl fast alle Hütten und Gruben noch im Betriebe sind. — Und der Schuss, der uns vor Gewaltthaten — die nicht ausbleiben können — schützen soll, besteht darin, daß hiesigen Arbeitern die Uniform angezogen, ihnen Waffen in die Hand gegeben werden, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten! — Das Unbegreiflichste hierbei ist, daß die waise Einrichtung getroffen ist, daß die Compagnien wieder in ihrer Heimath stationirt worden sind, wo doch so leicht ein Wechsel statthaben konnte!

* Reife, 26. April. Gestern hielten etwa 200 Unteroffiziere und Soldaten eine Versammlung im Saluzischen Garten und es wurde eine Petition beschlossen, die, so weit uns erinnerlich, folgende Witten enthalten sollte:

- 1) Bessere Behandlung, vorläufig ohne Anspruch auf Solberhöhung.
- 2) Abschaffung der Honeurs durch Frontmachen.
- 3) Freie Benutzung der Musikstunden.
- 4) Erlaubniß, außer Dienst sich im Civil-Anzuge dem Bürgerthume vertraulich anzuschließen zu dürfen.

Der heutige Kommandanturbefehl lautet daß der Verfasser einer solchen Petition nach der Strenge der Kriegs-Artikel und jeder Unterzeichner Disziplinarstrafe zu erwarten habe. Wir wissen nicht, wie wir diesen Befehl mit den Verordnungen des Königs und der verantwortlichen Minister in anlang bringen sollen; in dem Augenblicke, in welchem jeder großjährige Soldat das schönste Recht des freien Staatsbürgers, das Wahlrecht, ausüben soll, verkennt man ihn das Petitions- und Petitions-Recht! Da werden unsre Volksvertreter viel aufzuräumen haben!

Q. sbau, 25. April. Gestern wurde bei uns eine Volksversammlung unter freiem Himmel abgehalten, zu welcher sich mehrere Hundert Männer aus Stadt und Land eingefunden. Es wurden gemeinverständliche Vorträge gehalten über die Eigenschaften eines Wahlmannes und die eines Abgeordneten, über die bisherige und die künftige Regierungsform des preussischen Staates, über die Selbstheit und deren Abhülfe. Schließlich erging ein Aufruf zur Gründung eines vaterländischen Vereines. Es war erfreulich wahrzunehmen, wie alle Versammelten — namentlich auch die Landleute — den Vorträgen mit gespannter Aufmerksamkeit und lebendigem Interesse folgten. Der vaterländische Verein tritt demnächst ins Leben.

Verzeichnis

derjenigen Schiffer, welche am 25. April Slogau aufwärts passierten.

Schiffer oder Steuermann	Labung	von	nach
E. Rogale aus Neusalz,	Kartoffeln	Lebus	Breslau.
Ch. Lange aus Kufhalt,	dto.	dto.	dto.

Inferate.

An die Urwähler und Wahlmänner.

Die wichtigen Wahltag nahen. Von der Wahl der Volksvertreter hängt die nächste Zukunft unsers preussichen und deutschen Vaterlandes ab. Es sollen Abgeordnete zur konstituierenden Versammlung in Berlin und zur deutschen National-Versammlung in Frankfurt gewählt werden, welche demnächst die konstitutionelle Verfassung Preussens und die Bundesverfassung Deutschlands auf wahrhaft volkshämlichen Grundlagen vereinbaren sollen.

Urwähler und Wahlmänner! Euch sind die heiligsten Güter anvertraut! Denn von Eurer Wahl hängt es ab, ob die erungerte Freiheit befestigt werden wird. Wählt ohne Rücksicht auf Stand und Verhältnisse Männer, von denen Ihr überzeugt seid, daß sie die wahre Freiheit lieben, daß sie ein konstitutionelles

Königthum und ein freies Volk wollen, Männer, welche des Volkes Wünsche kennen und deren bisheriges Leben und Fähigkeiten dafür bürgen, daß sie dem Volke gesetzliche Freiheit sichern werden.

Breslau, 25. April 1848.
Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien
Pinder.

Bekanntmachung.

Die in unserer Bekanntmachung vom 17. d. M. angeordneten Wahlen für die Synagogengemeinden sollen nach einer Anordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 21. d. M. bis auf weitere Bestimmung ausgesetzt werden, was wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Breslau, den 25. April 1848.
Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

In Folge Justiz-Ministerial-Rescripts vom 24. d. M. werden die Gerichte unseres Departements zu der Veranstaltung aufgefordert, daß an den Tagen vom 1. 8. und 10. Mai c. weder Termine abgehalten, noch auch Exekutionen vollstreckt werden, damit kein Wahlberechtigter oder Wahlmann an der Theilnahme bei den nach den Gesetzen vom 8. und 11. April vorzunehmenden Wahlen behindert werde.

Breslau, den 25. April 1848.
Das Oberlandesgericht. Kuhn.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 4 des Reglements zur Ausführung der Wahlgeseze vom 8ten resp. 11ten April d. J. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß: daß die namentlichen Verzeichnisse aller nach § 1 der Wahlgeseze vom 8ten, bezüglich 11ten April dieses Jahres stümberechtigten Wähler aufgestellt, und zu Neberrnanns Einsicht in nachbenannten Lokalen vom 25sten bis 27sten d. Mts. ausgelegt sein werden, nämlich:

- 1) des Accise- = Rathhaus- = Sieben Churfürsten- = Post- Bezirke, einschließlich der Kasernen Nr. 5 und 6 im Bürgerwerder: im Fürstensaale auf dem Rathhause;
2) des Schlachthofs- = Ober- = Burgfeld- = Elisabeth- Bezirke, einschließlich des Burgfeld-Beug- und Gewehzhauses und der Kaserne Nr. 2 und 3 im Bürgerwerder: im Stadtverordneten-Saal im Elisabeth-Gymnasium;
3) des Börsen- = Schloß- = Sieben Rademühlen- = Goldene Kade- Bezirke, einschließlich der Kaserne Nr. 4 im Bürgerwerder: im Börsen-Lokale;
4) des Magdalenaen- = Abrechts- = Blauen Hirsch- = Regierung- Bezirke, einschließlich der Ballhauskaserne in der Breitenstraße: im Saale des Maria-Magdalenaen-Gymnasiums;
5) des Zwinger- = Hummeret- = Christophori- = Dorotheen- Bezirke, einschließlich des Königlichen General-Kommando's und der Kammeliers-Kaserne: im Saale der Bürgerschule, Zwinger-gasse Nr. 11;
6) des Neue Welt- = Drei Berge- = Barbara- = Antonien- Bezirke, einschließlich der Barbara-Kaserne: im Kinderhospital zum heiligen Grabe, Nikolaitstraße Nr. 63;
7) des Bischofs- = Johannis- = Theater- = Grüne Baum- Bezirke, einschließlich der Wehner-Kaserne und Geschütz-gießerei: im Kretschmer-Mittelsaale, Schuhbrücke Nr. 79;
8) des Ursuliner- = Jesuiten- = Vier Löwen- = Mühlen- und Werder- Bezirke

einschließlich des Königl. Proviant-Amtes und der Kaserne Nr. 7 im Bürgerwerder:

im Bäcker-Mittelsaale, Oberstraße Nr. 24;

9) des Katharinen- = Klaren- = Vincenz- = Matthias- Bezirke, einschließlich des Königl. Militär-Bekleidungs-Depots: in der Elementarschule Nr. III, Schmiedebrücke Nr. 28;

10) des Franziskaner- = Bernhardiner- Bezirke, einschließlich der Klemens-Kaserne und des Intendantur-Gebäudes: in der Bürgerschule zum heiligen Geist, Kirchstraße Nr. 3;

11) des Drei Linden-Bezirks, I. Abtheilung, = Drei Linden-Bezirks, II. Abtheilung, = Rosen-Bezirks, I. Abtheilung, = Rosen-Bezirks, II. Abtheilung, in der Elementarschule am Wäldchen;

12) des XI/M. Jungfrauen- = Sand- Bezirke, einschließlich des Sand-Beughauses: in der Elementarschule im Pfrerhause zu IX/M. Jungfrauen;

13) des Dom-Bezirks, einschließlich der Garnison-Bäckerei: im Saale zum Fürsten Blücher, auf dem Lehndamme Nr. 1;

14) des Hinterdom- = Neuschleimiger- Bezirke, im Saale zum weißen Hirsch, Scheitnigerstraße Nr. 10;

15) des Mauritius-Bezirks, Abtheilung A. = Mauritius-Bezirks, Abtheilung B. = Barmherzigen Brüder-Bezirks, in der Elementarschule Nr. IX. in der Klosterstraße;

16) des Schwelbniker-Anger-Bezirks, Abtheilung A. = = = = = B. = = = = = C. im Zwinger-Saale;

17) des Nikolai-Bezirks, I. Abtheilung A. = = = = I. Abtheilung B. = = = = II. Abtheilung, einschließlich der Kürassier-Kaserne und des Rauch-Fourage-Magazins: in der Elementarschule Nr. VI. in der Nikolai-vorstadt, Fischerergasse Nr. 23.

Wer sich in den ausgelegten Verzeichnissen übergangen glaubt, hat seine Einwendungen spätestens bis zum 25sten d. Mts. Abends bei uns zur Entscheidung einzubringen.

Breslau, den 22. April 1848.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Diejenigen Hauseigentümer welche noch die im Jahre 1847 ausgeschriebenen Feuer-Societäts-Beiträge restituiren, werden hierdurch aufgefordert, die rückständigen Beiträge binnen spätestens 14 Tagen zur Institutens-Hauptkasse einzuzahlen, um den Hauseigern, welche Feuer-Schaden erlitten haben, und ihre Befriedigung bezugern, Zahlung leisten zu können.

Breslau, den 18. April 1848.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Stadtverordneten-Versammlung

am 27. April.

- Verzeichniß der wichtigeren, zum Vortrag kommenden Gegenstände.
1) Lohnreduktion der Lateinlehrer.
2) Wahl mehrerer Bezirks-Vorsteher und Stellvertreter.
3) Wahl eines Mitgliedes für die Sicherungs-Deputation.
4) Wahl einiger Kommissarien zur Beratung des Antrages, daß die hiesige Polizei-Verwaltung dem Magistrat untergeordnet werde.
5) Befolgung der Constabler aus Staatsfonds.
6) Allgemeiner Verwaltungs-Etat der Kammerei-asse pro 1848.
7) Haupt-Etat der städtischen Armenpflege pro 1848.
8) Etat des Hospitals zu Eilftausend Jungfrauen pro 1848. Graß, Vorsteher.

An unsere zur Zeit von Posen abwesende deutsche Mitbürger.

Alle unsere gegenwärtig von Posen abwesende deutsche Mitbürger bitten wir im Interesse unserer guten deutschen Sache, wenn irgend möglich zu der am 1sten Mai d. J. bevorstehenden Wahl der Wahlmänner nach Posen zurückzukehren.

Posen, den 24. April 1848.
Der Wahlausschuß des constitutionellen Klubs.

Der constitutionelle Verein in Gorkau

hält es für seine Pflicht, als Zeichen seiner ersten Leberthätigkeit den Grundfals auszusprechen: daß er keinen anderen Estafus auf die bevorstehenden Urwahlen auszuüben gedenkt, als den Wahlbezirken auf das Dringendste ans Herz zu legen, zu Wahlmännern nur Männern zu wählen, die durch ihr Leben das öffentliche Zeugniß gegeben haben, einen ehrenwerthen biederen Charakter zu besitzen, denen die Wohlfahrt des Vaterlandes wirklich am Herzen liegt, und die keine Sonderinteressen verfolgen, damit die durch sie zu wählenden Deputirten für die zu beschickende Nationalversammlung dieselbe Gewähr für ihre Ehrenhaftigkeit leisten, indem von ihrem Einflusse die wichtigsten Gesetzvorlagen, das geistige und materielle Wohl unseres theueren Vaterlandes abhängt.

- Gorkau, den 25. April.
Wilhelm Freyh. v. Lüttrich auf Gorkau. Dr. Wayer auf Kuhnau. Hübner, Erbscholtzseßiger zu Gorkau. Th. v. Heres auf Stephanshahn. v. Schickfus auf Erdönig. W. Paul, Candidat der Theologie. Mens auf Carlsdorf. v. Schickfus auf Rankau. v. Walther = Croack, Major in Streßitz. Huselund auf Marzdorf. Gurn, Erbscholz zu Groß = Bierau. F. Nöbchen Bernersdorf. Wegner Protschenhain. H. v. Dreesch auf Birkholz. Stephan auf Ober-Johndorf. Hofmann, Zuckerfabrikant aus Protschenhain. Schor, Prem-Plaur in Jordansmühl. Seifert, Quersich, Scheide auf Viehan. v. Helly auf Heidersdorf. Pehl aus Groß-Mohnau. Febr. v. Lüttrich auf Naselwitz. C. Hofmann, Candidat. Goeßler auf Schönbankwitz. G. v. Schweinitz in Bergsch. U. Wirbach in Floriansdorf. Aug. Horstig Seifersdau. Cleve auf Borganie. Mojnke aus Gorkau. J. Wayer aus Kuhnau. E. Schäfte auf Dankwitz.

Warnung.

Diejenigen Herrschaften welche ihre wahlfähigen Dienstboten etwa abhalten sollten, an dem in jedem Bezirk am 1. Mai stattfindenden Urwähler-Versammlungen so wie an den zur Verständigung über die zu wählenden Männer notwendigen Vorversammlungen persönlich Theil zu nehmen, setzen sich der Veröffentlichung ihrer Namen aus und die öffentliche Meinung wird über sie richten.

Berittenes Bürger-Corps.

Zur gemeinschaftlichen Berathung und zur Wahl des Comitês, wegen Organisation eines berittenen Bürger-Corps, werden alle Diejenigen, welche sich bereits als beitretend untergeschrieben haben, so wie alle, welche vielleicht noch beizutreten gefonnen sein sollten, eingeladen, und in dem auf Freitag den 28. April d. J. Nachmittags 2 Uhr in der Real-Schule (Zwingerplatz) angefesten Termine sich einzufinden ersucht. Die betreffenden Listen wegen zu beabsichtigender Beitrittserklärung sollen an gedachtem Orte während der Terminzeit vorgelegt werden.

Den der hiesigen Bürgerschaft in Nr. 95 der Breslauer und Schlesißen Zeitung zugewendeten Dank vom Grundherren, Grafen Scherr-Hof, finden wir insofern unangemessen und müssen denselben entschieden zurückweisen, als nicht in dem Ansprechen des Herrn Grafen, nicht in dessen Zusicherung: binnen einem halben Jahre keine Klage über Zinsreste anzufilen zu wollen; auch nicht im Streben nach öffentlichem Dank und Lob, — sondern nur einzig und allein in dem „bekannten rechtlichen und geselligen Sinne“ der hiesigen Einwohner der Grund zu suchen ist, warum jede Demonstration in der Zeit der allgemeinen Aufregung unterbleibe. Ubrigens hätten die Einwohner durch das Verhalten des Grundherren in der Landemien-Abloßungs-Sache zu einer ungeselligen Demonstration leicht verleitet werden können. Denn als Ende vorigen Jahres die Provokeiten nur „gesetzlicher Weise“, auf dem Wege Rechtsens, die ganz unzulänglich begründete Verpflichtung zur Entrichtung dieser Abgabe gründlicher beweisen verlangten, entzog Provokant den Beteiligten sofort jede Erwerbsgewendung. Was Recht und Gesetz jederzeit zu thun uns gebieten, dafür beanspruchen wir niemals Dank; mögen auch andere Gemeinden durch öffentliche Lobpreisungen immerhin erfreut werden.

Hohensiebberg, den 21. April 1848.
Der Magistrat und die Stadtverordneten.

An die Dekonomie-Beamten!

Alle Klassen der Gesellschaft benutzen das Assoziationsrecht, um sich über die Verhältnisse ihres Standes gegenseitig zu besprechen; — wie kommt es, daß dieses Recht von den Dekonomie-Beamten nicht benützt wird? — haben dieselben nichts zu wünschen, oder nichts mehr zu hoffen? Das Erstere ist nicht zu glauben, das Letztere nicht zu fürchten. Finden es die Herren Dekonomie nicht auch in ihrem Interesse, eine gegenseitige Besprechung zu veranstalten? — Alle diejenigen, welche von dieser Nothwendigkeit durchdrungen sind, laden wir zu einer Versammlung auf den 7. Mai d. J., Mittags 2 Uhr in Grottkau im Gasthose zum Ritter, ein. Mehrere Dekonomie Oberstleuten.

Zweite Beilage zu No 98 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 27. April 1848.

Jankow Przgodski im Adelnauer Kreise, den 23. April 1848.

Beschwerde der hiesigen Gemeinde gegen das Detachement Huzaren und (2) zwei Kompagnien Infanterie, welche am gestrigen Tage den 22. April von Ostrowo nach Groß-Topola kamen.

An Se. Excellenz den Kommandirenden General v. Colomb zu Posen.

Hochwohlgeborner Herr, Hochgebetender Herr General!

Einige Männer aus unserer Gemeinde, ungefähr 20 an der Zahl, begaben sich um die Mittagsstunde bewaffnet mit Säbren und Hengabeln nach dem Dorfe Groß Topola, um ihren Brüdern im Falle eines feindlichen Angriffes Hilfe leisten zu können. In demselben Augenblicke aber, als sie nach Topola hinkamen, sahen auch preussische Truppen heran.

Der Probst, Hr. Ruszkiewicz aus Ostrowo, welcher zu derselben Zeit dort in geistlichen Angelegenheiten angekommen war, hieß unsere Leute ruhig nach Hause gehen, was sie auch sofort thaten.

Das Husaren-Detachement wurde jedoch kommandirt, sie unterwegs anzufallen und sie zu umzingeln. Nachdem dies geschehen, wurden von ihnen die Waffen gefordert; diese streckten sie auch augenblicklich, worüber nachstehende Zeugen sind:

- 1) der Probst Hr. Ruszkiewicz aus Ostrowo.
- 2) der Lehrer Hr. Wiczorek und
- 3) der Schulze Krowkowski aus Groß-Topola.

Sobald sie also ohne Waffen da standen, schossen und hieben die Huzaren auf sie los, so daß viele von ihnen verwundet wurden. Einige retteten sich durch die Flucht ins Feld, andere suchten die Rettung in den zwei Lihen Häusern des Dorfes Groß-Topola. Letztere wurden von einer Infanterie-Abtheilung um die benannten Häuser umhergejagt und da sie sich darin zu verstecken suchten, wurden sie mit aller Wuth der Soldaten aufgesucht und auf eine furchterlich un menschliche Weise verwundet, erstochen und erschossen.

Das Endhaus des Dorfes wurde von dem Wirthe zugeschlossen, indem beide Eheleute mit der Feldarbeit beschäftigt waren, also ohne Menschen zurückgelassen, dieses wurde aber zerstört und beraubt, als: die Fenster und Thüre wurden zertrümmert, der Giebel ausgebrochen, in der Stube zwei Kisten erbrochen, die Kleidungsstücke daraus theilweise gestohlen, theilweise zu Schanden gemacht, in der Stube zertrümmert und aus dem Ofen Brod herausgenommen, theilweise entwendet, theilweise zerbrannt in der Stube zurückgelassen und andere Substanzgeräthschaften zertrümmert, obgleich sich darin Niemand von den Geflüchteten verstecken konnte, da dasselbe, wie oben gesagt, von außen verschlossen war.

Im zweiten Endhause lag der kranke Wirth Laurentius Marcinjak im Bette, dieser wurde aus demselben herausgeschleppt, gemißhandelt und verwundet. In diesem Hause ist ein Fenster zertrümmert, der Giebel ausgebrochen und das Heu vom Boden heruntergeworfen worden. Der Sohn des Wirths, ein 15jähriger Knabe, mußte einige der Soldaten auf den Boden führen, wo diese einen Mann mit Namen Laurentius Majewski, an der Feueresse stehend, ermordeten, alsdann die Stoben im Dache ausgriffen und denselben vom Boden heruntergeworfen haben. Da der Knabe das Flieden des Mannes um sein Leben und die Unmenschlichkeit der Soldaten sah, weinte er bitterlich, daher wurde er bezügelnd vom Boden herunter gestossen. Dieser Mann ist auf eine gefürchliche Art zertrümmert, zerstückelt und zertrümmert worden; er hinterließ eine Frau und acht kleine unermöglichte Kinder, welche durch den Fall des Vaters allem Lebensunterhalt beraubt worden sind, da derselbe nur ein Tagelöhner war.

Ein zweiter, der Schulze unserer Gemeinde, Andrzej Gamber, froh durch die Schoben auf das Dach, von welchem er heruntergeschossen worden ist. An demselben ist noch ein Bohnentisch gefunden worden. Er hinterließ eine Frau, 3 Kinder, eine alte blinde Mutter und einen kränklichen Bruder, derselbe besaß nur eine kleine Wirthschaft.

Ein dritter, Anton Polos, ist an demselben Hause, in dem er sich durch die Flucht retten wollte, durch drei Schüsse getödtet.

Dies alles können bezeugen:

- 1) Franz Siewel, aus Jankow Przgodski.
- 2) Walenty Musiel, dito.
- 3) Wojciech Szepczak, dito.
- 4) Wojciech Wieganski, dito.
- 5) Marcin Waszyniak, dito.
- 6) Kazimierz Sobajak, dito.
- 7) Franz Marcinjak, aus Groß-Topola.

Außer den Benannten sind noch, von denen wir wissen, ein 15jähriger Knabe, welcher sich unter die Bettstelle des erwähnten Hauses versteckte, durch drei

Bajonettschüsse in den Fuß und ein anderer durch drei Säbelhiebe auf die rechte Hand verwundet, welcher zeitweilig ein Krüppel bleiben kann.

Aus unserer Gemeinde sind noch 13 Männer, welchen die Hände nach hinten fest geknüpft wurden, mitgenommen und welche der Pöbel in Adelnau mißhandeln durfte. Wir sind fest überzeugt, daß solche grausame Unmenschlichkeit an wohlthunenden und unschuldigen Leuten, wie sie hier geschehen, nicht mit Wissen Ew. Excellenz gethan worden sind. Wir bitten daher Ew. Excellenz ganz unterthänigst, gegen solche unmenschliche Excesse, welche sich die wildeste Nation nicht erlauben würde, geschweige daß solche im 19ten Jahrhundert vorkommen sollten, gütlich einschreiten und die strengste Untersuchung einleiten zu wollen, zwar wissen wir nicht, welche Truppen sich dieses erlaubten, doch Ew. Excellenz, als dem Oberbefehlshaber unserer Provinz, wird es leicht sein, den Kommandanten der Truppen-Abtheilung und die einzelnen Soldaten, welche am gestrigen Tage, die groben Vergehungen hier verübten, zu ermitteln.

Das Militär, wie wir es von der nachfolgenden Kompagnie vernommen, hat vorgegeben, als wäre aus dem Hause ein Schuß auf sie gefallen, dies ist aber nicht der Fall; denn der kranke Wirth Laurentius Marcinjak hatte kein Werkzeug zum Schießen, wovon die ganze Gemeinde von Groß-Topola das Zeugniß ablegen kann und die Geflüchteten und Ermordeten haben, wie oben gesagt, die Waffen niedergelegt.

Ew. Excellenz wolle gnädigst sich unserer Erbarmen und die Untersuchung beschleunigen, wir verharren mit aller Hochachtung Ew. Excellenz

- unterthänigste
- gez. August Mieticki.
- Matcuz Leja.
- Jan Richter.
- Szymon Pietrzak.
- Stanislaus Placzek.
- Stanislaus Pawelec.
- Martin Gregorzowski.
- Wojciech Nowak.
- Maciej Wawrzyniak.
- Andrzej Górnyp.
- Wojciech Szulala.
- Wojciech Suchalski.

Pro vera Copia
Konstantin Smielowski.

Daß in einer Zeit, wo an alles Bestehende Hand gelegt wird, die Wirksamkeit der königlichen General-Kommission und ihrer Organe nicht unangetastet bleiben würde, war vorauszusetzen.

Die Manie der Volkbeugung hat hier ein weites Feld, und wahres Verständnis der Sache ist in solchen Zeiten das geringste Erforderniß für ein Urtheil. Siebt es doch Andeutungen genug, daß man sich einbildet, als seien die Gutsherrn nichts als Tyrannen, bemüht, den armen Dörflern den letzten Pfennig abzupressen. Wenige von denen, die nicht Grundbesitzer sind, scheinen zu wissen, daß theils der Umfang, theils die Berechtigung durch Urbarien oder Derservanz festgestellt ist, mithin nicht willkürlich überschritten werden darf, theils für die meisten Leistungen der Naturalen grundherrliche Gegenleistungen bestehen, wodurch jene häufig völlig ausgenugnet, ja oft genug überwogen werden, so daß häufig ein bloßes Compensiren die Rustikalen schon arg verletzen würde.

Der in der ersten Beilage zu Nr. 84 der Breslauer Zeitung vom 8. April über den Gegenstand enthaltene Artikel war das erste Wort, was wenigstens von theilweiser Barmherzigkeit mit der bisherigen Gesetzgebung zeigte.

Diese Gesetzgebung nun, wenige leicht zu ergänzende Lücken abgerechnet, nehme ich mir der Tagesstimmung gegenüber heraus, eine sehr weise, gerechte und billige zu nennen.

Abgesehen von dem bereits geschaffenen unberechenbaren Segen und gesteigerten National-Reichtum achtet sie zuvörderst das Recht, und zwingt die Grundbesitzer nicht, sich ex officio in Auseinandersetzungen einzulassen, wozu sie noch kein Bedürfniß fühlen. Wird die wahre echte Freiheit, die meiner Ueberzeugung nach, vor dem 18. März wahrlich auch schon bestand, besser verwirklicht sein, wenn jeder Grundbesitzer ohne Weiteres gezwungen wird, auch ohne Provocation von der einen oder anderen Seite, sich in Regulirungen einzulassen, deren Bedürfniß ihm nicht selbst klar geworden?

Ich dachte, das wäre die eigentlich erwünschte Freiheit, daß man seinen Besitzstands- somit seine Lebens-Verhältnisse sich selbst gestalten lasse, und das Gesetz nur den Modus dafür feststelle, und Hindernisse beseitige. Die ländlichen Beziehungen, mit deren Lösung und neuen Gestaltung, die Agrad-Gesetzgebung sich

beschäftigt, haben tausendjährige Wurzeln, und wenn nicht alles auf den Kopf gestellt, wenn deutsche Solidität und Gröndlichkeit irgend in Geltung bleiben soll, so reicht ein Menschenalter nicht, viel weniger reichen 26 Jahre hin, sie überall und in den tiefsteren Keen hinein zweckmäßig zu gestalten, ohne auf Seiten der Gutsherrn, wie Rustikalen heilige Rechte zu verletzen, und in betäubender Kniebrecherei zu verfallen. Man denke an die Tausende von Dorfchaften, wo ihrer Natur nach ganz verschiedene Dienste der Bauerschaften, Dienste der Dorf-gärtner, Dienste anderer kleiner Grundbesitzer, aller dieser Klassen Laudemien, Mühl-Gebäude, Hühner-, Eier-Zinsen u. abzulösen, große Gemein- und Koppel-Hutungen zu theilen, große Wiesen-Tracte von fremden Hutungsrechtern, Forsten von den verschiedenartigsten Servituten zu bestellen, die Uebermarken unter Ablösung der auch sie behaftenden privaten wie cumulativen Berechtigungen zusammenzulegen; dabei die häufig in 24—30 einzelnen kleinen Stückchen bestehenden Besitzstände in wenige große Pläne zu consolidiren sind; — der Verkündige denke sich das, behalte die echte wahre Freiheit, die Achtung des Rechtes eines Jeden im Auge, ermäge die an jenen ganzen Betrieb sich häufig anknüpfenden Streitigkeiten, die bei Vermessungen zu Tage kommenden Grenz-Differenzen, die unvermeidlichen Unterbrechungen der Geschäfte, wenn Vermessungen, Bonitirungen, Entscheidungen abgewartet werden müssen; — er lasse sich noch gesagt sein, daß in viele große Forsten bis gegen 50 Dörfer eingeforstet, zu großen Wiesen-Tracten eine ähnliche Zahl, theils Eigenthümer, theils hutungsrechtlich sind, daß Geschäfte solcher Art über 1000 Interessenten haben, deren bloße Bevollmächtigte die Zahl 100 übersteigen — und er wird zu der Ueberzeugung gelangen, daß in keiner Geschäftspartie die Achtung der Rechte Anderer, weil der Besitzstand, die ernährenden Klassen begreifend, höher gehalten werden darf, daß es keinen segensreicheren, aber auch keinen schwierigeren Beruf giebt, als in diese chaotischen Zustände belebendes, feinerer Entwicklung günstiges Licht zu bringen.

Warum sollen denn die Grundbesitzer in diesen Betrieb hinein, aus ihren alten Zuständen heraus geholt werden? warum sich nicht nach einer Emsicht Zeit dazu nehmen, Eins nach dem Andern zu befreizügiger Entwicklung bringen? In Nieder-Schlesien z. B. bestehen nur wenig andere Dienste noch, als hier und da von Dreeschgärtnern, fast ausschließlich nur von solchen, die sich ungerade auf deren, und ihrer das für beziehenden reichliche Emolumente - Ablösung einlassen, ihrerseits nie absto provocation, fast ohne Ausnahme von der Gutsherrschaft bedeutend heraus bekommen müssen; und wie mir Fälle bekannt sind, gegen eine ihnen bereits berechnete Rente von jährlich 16 Mtblr. als zu niedrig noch Prozeß fassen. Wird solchen mit sofortiger Aufhebung dieser Feudal-Kosten etwa gebiert sein? — Auch ja, so tief ich von dem Wesen wahrer Freiheit, und in dem Sinne von der Nothwendigkeit ergriffen bin, in diesem Gebiet nicht zwingend und kniebrechend vorzugehen, habe dennoch für die Handhabung der Gesetzgebung noch gar manchen Wunsch, und hege die Ueberzeugung, daß darin vielfache Verbesserungen möglich sind. Aber theils wied menschlichen Zuständen auch das menschliche Theil, Mangelhaftigkeit, stets anhaften, theils würde ich in summarischer Beseitigung aller gegenseitigen Verpflichtungen nur ein noch größeres Uebel erblicken können, als dem man aus dem Wege gehen will, weil Rechtsverletzungen dabei unvermeidlich wären, und ein plötzliches Aufhören aller Lasten mit Vorbehalt späterer Bezahlung, der Natur des Landmannes empfindlicher und verdrossener ankommen dürfte, als die ihm schon heutzutage freie gegebene Lösung Zug um Zug.

Denn was man jetzt auch in die Welt hinausstufen und in Aussicht stellen möge, nimmermehr kann ich glauben, daß es sich je beschicht um ein Streichen aller gegenseitig mit erkaufener oder übererbter ländlichen Abgaben und Lasten handeln könne. Die Ironie wäre doch gar zu groß, wenn man dem einzigen freien, mithin notwendig auch gerechten Deutschland, gleich von vorn herein die bekannte Geschichte von Cispin zum Grundstein geben, den Hypotheken-Kredit des Landes in so feiboller Weise täuschen wollte. Obenein wäre der berühmten Tagesfrage: Regulirung der Arbeit, damit nicht die entfernteste Lösung gegeben, da in den Rustikal-Besitzern des platten Landes die Arbeiter-Klasse in jenem Sinne und nach dem Verständnis der Städte nicht enthalten ist.

Wenn man wirklich helfen will, so schaffe man sobald irgend möglich, eine auf Amortisation basirte Landrenten-Bank, man vereinfache das Formen-Wesen, streiche in der Laudemial-Verpflichtung ohne Weiteres die Vergabung der Descendenten-Fälle, und damit unzählige Streitigkeiten, wie sie namentlich der Domainen-Fiskus

